

**Antrag 2024/R/1**  
**SPD-Frauen RLP****Empfehlung der Antragskommission**  
**Begründung erfolgt vor Ort****Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan fortführen – bedrohte Menschen aufnehmen**

1 Seit der Machtübernahme der Taliban am  
2 15. August 2021 verschlimmert sich die oh-  
3 nehin schon katastrophale Lage in Afghani-  
4 stan dramatisch. Das Land versinkt im Cha-  
5 os, während die Taliban ungehemmt agie-  
6 ren und zunehmend brutal gegen Frauen,  
7 Mädchen und Oppositionelle vorgehen. Mit  
8 dem jüngst verhängten „Tugend-Gesetz“  
9 verlieren Frauen in Afghanistan ihre Stim-  
10 me. Es ist ihnen nun verboten, in der Öff-  
11 fentlichkeit laut zu lesen, da ihre Stimmen  
12 als zu intim gelten. Das Gesetz schränkt die  
13 Reisefähigkeit, insbesondere für Frauen er-  
14 heblich ein.

15 In Afghanistan verschwindet die Zivilgesell-  
16 schaft.

17 Die Taliban betrachten Menschenrechts-  
18 verteidiger\*innen, darunter demons-  
19 trierende Frauen, Journalist\*innen oder  
20 politische Aktivist\*innen als Feinde. Wer  
21 protestiert, fällt dem Verschwindenlassen  
22 zum Opfer, wird willkürlich festgenommen,  
23 inhaftiert, gefoltert oder in anderer Weise  
24 misshandelt.

25 Unter den Taliban wurde die Rechtlosig-  
26 keit von Frauen wieder staatliche Politik:  
27 Sie wurden aus dem öffentlichen Leben ver-  
28 bannt. Ihr Zugang zu zivilen Rechten und  
29 Freiheiten wurde radikal beschnitten. Al-  
30 ternative Lebensentwürfe von Frauen und  
31 LGBTQI+-Menschen, die ein von der Familie  
32 unabhängiges Leben führen oder ihre Ho-  
33 mosexualität leben möchten, sind unmög-  
34 lich geworden.

35 Die Frauen, waren früher in verschiedenen  
36 Bereichen wie Justiz, Politik, Journalismus,

37 Bildung und Sport tätig. Nach drei Jah-  
38 ren unter der Herrschaft der Taliban ha-  
39 ben sie alle das Gefühl, "niemand" mehr  
40 zu sein. Sie haben kaum Möglichkeiten  
41 der Beschäftigung und können kaum ei-  
42 nen wirtschaftlichen oder kulturellen Bei-  
43 trag leisten. Es sind Menschen wie sie, de-  
44 nen über das BAP eine humanitäre Aufnah-  
45 me in Deutschland ermöglicht werden soll-  
46 te.

47 Die Entscheidung der deutschen Bundes-  
48 regierung, Verantwortung für bedrohte Af-  
49 ghaninnen und Afghanen zu übernehmen  
50 und sich im Koalitionsvertrag unter an-  
51 derem dazu zu verpflichten, ein Bundes-  
52 aufnahmeprogramm für akut gefährdete  
53 Afghaninnen und Afghanen einzurichten  
54 war richtig und ist aktuell wichtiger als je  
55 zuvor. Dieses Aufnahmeprogramm bietet  
56 die Möglichkeit, bedrohte Menschen auf-  
57 zunehmen, die nicht über das Ortskräfte-  
58 verfahren, humanitäre Visaverfahren oder  
59 über einen Familiennachzug gerettet wer-  
60 den können. Auch wenn bis heute nur we-  
61 nige hundert Menschen aus Afghanistan  
62 über das BAP nach Deutschland kommen  
63 konnten, kann ein funktionierendes huma-  
64 nitäres Aufnahmeprogramm eine wichtige  
65 Ergänzung zum Recht auf Asyl in Deutsch-  
66 land sein.

67 Die SPD Rheinland-Pfalz setzt sich daher für  
68 eine Fortführung des BAP Afghanistan ein  
69 und fordert im Rahmen des BAP die Schaf-  
70 fung eines menschenwürdigen, transpa-  
71 renten und effizienten Aufnahmeverfah-  
72 rens schutzbedürftiger Menschen aus Af-  
73 ghanistan.

74

75 Adressat: SPD Landesvorstand, SPD Bun-  
76 desvorstand, BPT, BT-Fraktion, LPT